

CHRISTINE BRÜCKNER

DRUCK UND ZWANG STATT SPIELENDES LERNEN

**ZUR BEDEUTUNG VON BILDUNG, SCHULE UND AUSBILDUNG
IM LEBEN VON KINDERN UND JUGENDLICHEN¹**

Lange Zeit war Bildung von einem humanistischen Geist getragen, der auf eine Synthese von moralischem Engagement und kritischem Denken abzielt. Dieser geht jedoch in der zunehmend von neoliberalen Ideen vorangetriebenen Zurichtung des Bildungswesens immer mehr verloren. Nicht der politisch mündige und wissenshungrige Mensch steht als Leitbild auf der Agenda, sondern die strebsame und disziplinierte KonsumentIn, für deren Ausbildung bereits im frühkindlichen Alter die Weichen gestellt werden. Kluge Gegenwehr ist gefragt. Allerdings ist es linken Ansätzen in der Bildungspolitik bislang nicht gelungen, dieser Entwicklung etwas Wirksames entgegenzusetzen.

Um die stetig wachsende Bedeutung von Schule und Bildung im Leben von Kindern angemessen beurteilen zu können, ist ein Blick auf neuere empirische Studien und Statistiken zur gegenwärtigen Bildungsbeteiligung in Deutschland von Nutzen.

Insbesondere der Bereich der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung bedarf einer intensiveren Betrachtung. Hier hat es in Deutschland in den vergangenen 20 Jahren die nachhaltigsten Veränderungen gegeben. Sie betreffen zum einen die Ausbildung der ErzieherInnen: Während diese in den alten Bundesländern in der Regel eine zwei- bis dreijährige Fachschulausbildung absolvierten, kamen durch die Integration eines nahezu flächendeckenden Netzes an Kindertageseinrichtungen in den neuen Bundesländern viele ErzieherInnen mit einem sechssemestrigen Hochschulstudium in die Vorschulerziehung. Zum anderen lieferte die stetig intensiver werdende Forschungstätigkeit zur Entwicklung von Kleinkindern nach und nach gesicherte Erkenntnisse zur enormen Bedeutung des Lernens und der dementsprechenden Lernförderung in den ersten Lebensjahren.

BEDEUTUNGSZUWACHS DER FRÜHKINDLICHEN BILDUNG UND BETREUUNG

Wie im überwiegenden Teil von Europa wurde nun auch in Deutschland, maßgeblich zwischen 2005 und 2012, endlich eine akademische Ausbildung für «Pädagogik der frühen Kindheit» geschaffen. Inzwischen gibt es an 42 Hochschulen und in allen Bundesländern Studiengänge und Forschungseinrichtungen, die sich speziell mit der Gruppe der Kleinstkinder von der Geburt bis zum sechsten Lebensjahr befassen.

Die Kindertagesbetreuung ist das mit Abstand bedeutendste Aufgabenfeld der Kinder- und Jugendhilfe in unserem Land geworden. Die gewachsene politische Aufmerksamkeit, die diesem Bereich zukommt, ist kaum zu übersehen: Schließlich war es Ursula von der Leyen, die dem ersten Kabinett Merkel als Familienministerin angehörende CDU-Politikerin, die einen im August 2013 in Kraft getretenen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz auch gegen Widerstände in der eigenen Partei durchsetzte. Der Chef der rot-grünen Vorgängerkoalition, der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), hatte dagegen höchstpersönlich dieses Thema noch kurz zuvor als «Gedöns» diskreditiert. Dies war eine der vielen politischen Fehleinschätzungen der SPD, die inzwischen für viele erwerbstätige junge Frauen deswegen nicht mehr wählbar ist. Der damalige Koalitionspartner, die Grünen, ist diesbezüglich noch mit einem blauen Auge davongekommen, denn sozialpolitische Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten werden stärker der SPD zugeschrieben.

Laut Statistischem Bundesamt wurden im Jahr 2012 über 93 Prozent aller drei- bis fünfjährigen Kinder in Deutschland außerhalb ihres Elternhauses betreut.² Hierbei handelt es sich nicht in allen Fällen um eine Vollzeitbetreuung in einer Tageseinrichtung. Es werden auch andere Betreuungsarrangements (z. B. durch Tagesmütter, nur am Vormittag oder stundenweise usw.) berücksichtigt. Gegenüber dem Jahr 2006 hat sich in diesem Bereich das Angebot an Betreuungsplätzen mehr als verdoppelt. Der Ausbau von Betreuungsplätzen für die Kinder im Alter von ein bis drei Jahren verlief in den letzten 15 Jahren noch rasanter. Es kam zu einer Verdreifachung der Krippenplätze. 2012 waren 22,3 Prozent der

unter Dreijährigen in Westdeutschland (ohne Berlin) tagsüber in einer Betreuungseinrichtung untergebracht, in Ostdeutschland (ohne Berlin) sogar 51,5 Prozent.³

Natürlich trägt auch diese Reform im Bildungswesen den typischen Charakter einer Reform von konservativer Seite, die viel öffentlichen Effekt machen soll, aber letztlich mit äußerst knappen finanziellen Mitteln verwirklicht wird. Unübersehbar ist, dass mit dem rasanten Ausbau der Kindertageseinrichtungen die rein quantitative Seite dieser Maßnahme in den Vordergrund gerückt ist. BildungsforscherInnen haben in diesen Ausbau begleitenden Untersuchungen immer wieder auf den Mangel an Qualität in der gegenwärtigen Kindertagesbetreuung hingewiesen.⁴ Dieser geht einher mit zu großen Gruppen, zu wenig gut ausgebildetem und zu schlecht besoldetem Personal, einem großen Platzmangel innerhalb und außerhalb der Einrichtungen. Der Priorisierung von Betreuung steht die Vernachlässigung von Bildung im pädagogischen Alltagsgeschehen der Einrichtungen gegenüber.

Einfach gemacht hat es sich die Regierung von Merkel auch damit, dass nicht ausreichend Bundesmittel für den Kitausbau zur Verfügung gestellt wurden und letztendlich die Realisierung auf die Kommunen abgewälzt wird. Auch im Falle einklagbarer Rechtsansprüche der Eltern auf einen Kita-Platz sind die Kommunen die Beklagten. Dazu kommen noch Querschläger wie das jüngst beschlossene und im Ausbauprozess nachhaltig fehlende «Betreuungsgeld» für die außerinstitutionelle, private Kinderbetreuung zu Hause, womit der familientraditionelle Flügel der CDU beruhigt wurde.

Auch in der frühkindlichen Erziehung und Bildung sind aufgrund des Föderalismusurteils von 2006, das von CDU-regierten Bundesländern herbeigeführt wurde, kaum die bundesweit dringend notwendigen Diskussionen und die Verständigung über Ausbau und Qualität der Arbeit von Kinderbetreuung und Bildung zu erwarten. Das wird sich neben den finanziellen Aspekten als größtes Hindernis einer Qualitätsentwicklung herausstellen, so wie sich das seit 20 Jahren bereits im Schulbereich zeigt. Eine ausführliche Debatte über die Bedeutung der Kindertagesbetreuung und Bildung der bis Sechsjährigen in Verbindung mit den anderen Bildungsbereichen steht meines Erachtens auch in der LINKEN noch aus.

Neuesten Studien zufolge gilt ungebrochen, dass Länder, die angemessen in die Bildung investieren, die wichtigste und nachhaltigste Ressource stärken, um ihre Zukunftsfähigkeit zu sichern. Folgt man dem neuesten OECD-Bericht aus der Reihe «Bildung auf einen Blick», in der jährlich die Bildungsanstrengungen und -ergebnisse der OECD-Mitgliedsländer verglichen werden, so könnte man zu dem Schluss kommen, Deutschland sei das Land der FacharbeiterInnen und DoktorandInnen.⁵ Einerseits studieren in Deutschland deutlich weniger junge Menschen als in anderen Industrienationen. Rund 39 Prozent der 25- bis 34-Jährigen haben im OECD-Durchschnitt einen Hochschulabschluss. In Deutschland waren es im selben Alterssegment 2011 lediglich 28 Prozent. Ein nicht unbeträchtlicher Teil bundesdeutscher AbiturientInnen nimmt erst einmal eine Berufsausbildung auf. Andererseits aber promovieren in kaum einem anderen Land so viele HochschulabsolventInnen. So macht in Deutschland eine/r von zehn Studierenden nach der Abschlussprüfung in seinem Fach noch den Doktor. Das sind 5,2 Prozent eines Altersjahrgangs, im OECD-Schnitt hingegen sind es lediglich 2,7 Prozent.

Es kommt eine weitere Besonderheit in Deutschland hinzu: Nur jede/r fünfte Studierende hat hier einen «bildungsfer-

nen Hintergrund». Das bedeutet, dass Kinder und Jugendliche aus Familien, in denen die Eltern AkademikerInnen sind, fünfmal so hohe Chancen haben, eine Hochschulausbildung zu absolvieren, wie Kinder aus Arbeiterhaushalten. Daran hat sich seit Erstellung des ersten OECD-Berichts vor 13 Jahren zur Chancengerechtigkeit in der Bildung in Deutschland nichts geändert. Niedriger ist der Anteil von sozial benachteiligten jungen Menschen an der Gruppe der Studierenden nur noch in den OECD-Ländern Polen, Ungarn, Tschechien und Slowenien. Hoch hingegen sind die Chancen auf ein Studium von Kindern und Jugendlichen mit «bildungsfernen Hintergrund» in Australien, Südkorea, Irland, Dänemark, Schweden und Frankreich.⁶

Ein weiteres Problem ist die Überlastung vieler Universitäten. Durch die doppelten Abiturjahrgänge und die Aussetzung der Wehrpflicht wird die Zahl der StudienanfängerInnen in Deutschland in diesem Herbst 2013 auf schätzungsweise 490.000 ansteigen.⁷ Wie schon in den vergangenen Jahren hat die Hochschulfinanzierung mit dieser Entwicklung nicht Schritt gehalten. In Deutschland fließen zurzeit 1,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in die Hochschulausbildung, während es im OECD-Schnitt 1,4 Prozent sind. Leidtragende der Unterfinanzierung sind in erster Linie Studierende der Geistes- und Sozialwissenschaften. Hier kommt es zu Doppel- und Dreifachbelegungen der Studienplätze und zu einer Situation, in der nicht nur Erstsemester Vorlesungen vorwiegend vor Monitoren verfolgen müssen, weil die Hörsäle hoffnungslos überfüllt sind und es immer schwieriger wird, Zugang zu einer Professorin oder einem Professor zu bekommen.⁸

Einen Überblick über die gegenwärtige Lage an den Schulen gibt die Studie «Chancenspiegel 2013», die von der Bertelsmann-Stiftung und den Instituten für Schulentwicklungsforschung in Dortmund und Jena herausgegeben wird.⁹ Hier wird starke Kritik an der unverändert frühen Auslese geübt, die durch die Gymnasialausbildung und durch ein traditionell hierarchisches Schulwesen in Deutschland erzwungen wird. So punktet Bayern zwar regelmäßig mit seiner guten Gymnasial- und Realschulausbildung, hat aber rund zehn Prozent weniger Hochschulzugangsberechtigte als die anderen Bundesländer. Deshalb sind die Bildungsausgaben in Bayern auch niedriger. Das hat den Effekt, dass Bayern und die dort ansässigen Unternehmen seit vielen Jahren von einer Art innerdeutschem Braindrain (Zuzug gut qualifizierter HochschulabgängerInnen aus den anderen Bundesländern) profitieren.

Das sichtbarste Resultat einer weiterhin unflexiblen und stark hierarchisierten Bildungslandschaft mit deutlicher Trennung von Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien ist neben der im Vergleich mit den anderen OECD-Ländern eher geringen Zahl von Studierenden (gemessen am Anteil aller jungen Menschen) eine weiter anwachsende Zahl von SchulabgängerInnen ohne Abschluss. Im Jahr 2010 lag diese Abbrecherquote noch bei rund zehn Prozent eines Altersjahrganges. Der «Bertelsmann-Chancenspiegel» ermittelte zwar diesbezüglich für 2012 einen Rückgang von zwei Prozent, betont aber die Gefahr eines stetig anwachsenden Potenzials von Ungelernten.¹⁰ Jedes Jahr kämen rund 52.000 Jugendliche ohne die geringsten Berufsaussichten zu der bereits bestehenden «Jobberreserve» hinzu, die nach Einschätzung der BildungsforscherInnen inzwischen rund zwei Millionen Menschen umfasst. Diese werden auf dem gegenwärtigen deutschen Arbeitsmarkt, der geprägt ist von einem hohen Anteil

von Zeitarbeit und einer Zunahme der Niedriglohnsegmente, besonders rücksichtslos gegeneinander ausgespielt und gehören perspektivisch zu den neuen Armen in diesem Land.

Auch die Gesamtschulentwicklung in Deutschland wird im «Bertelsmann-Chancenspiegel» 2013 sehr kritisch kommentiert. So besuchen nur 13 Prozent aller SchülerInnen hierzulande eine Ganztagschule, während sich Umfragen zufolge zwischen 60 und 70 Prozent der Eltern eine Ganztagschule für ihre Kinder wünschen. Man hat ausgerechnet, dass bei gleichbleibendem Ausbautempo ein flächendeckendes Regelangebot von Ganztagschulen in Deutschland in etwa 50 Jahren erreicht sein wird. Die Institute für Schulentwicklungsforschung in Jena und Dortmund forderten daher bei der öffentlichen Vorstellung des «Chancenspiegels» 2013 eine Beschleunigung des Prozesses durch ein nachhaltiges Engagement des Bundes. Dieser solle nicht länger auf eine Föderalismusreform warten, sondern die im Grundgesetz (in Paragraph 106) verankerte Möglichkeit der Umverteilung von Steuereinnahmen nutzen, um eine Offensive zum Ausbau der Gesamtschulen zu starten.¹¹ Der Direktor des Deutschen Jugendinstituts in München, Thomas Rauschenbach, forderte in diesem Zusammenhang sogar die Verankerung eines «Rechts auf einen Ganztagschulplatz» – analog zum Recht auf einen Kinderbetreuungsplatz, wie er seit August 2013 existiert.

Deutlich wird, welcher Druck auf Kinder und Heranwachsende schon in einem recht frühen Lebensabschnitt ausgeübt wird. Bildung ist zu einer Engstelle geworden, durch die Kinder mit allen Mitteln und mit kräftiger Hilfe ihrer familiären Lebensumgebung hindurch gebracht werden müssen.

KONKURRENZ UM BERUFLICHE KARRIEREN UND TITEL

Zur Möglichkeit der Vererbung sozialer Positionen via Besitz, das heißt in angestammten Hierarchien (zum Beispiel im früheren Adel), sind Chancen hinzugekommen, durch Wissen und bessere Schullaufbahnen mit den alten Eliten um Titel und Positionen zu konkurrieren. Neben Abschlüssen, die zu diesen Titeln und Laufbahnen führen, sind auch Karrieren in Sport, Freizeit und Mode gefragt und zunehmend anerkannt.

Nur hohe Bildungsqualifikationen und -abschlüsse sowie Topkarrieren in Mode und Sport ermöglichen Jugendlichen von heute noch den Zugang zu einem verhältnismäßig sicheren Berufsleben. Gefordert wird, sich auf «lebenslanges Lernen» und dauernde Veränderungen im Berufsleben einzustellen. Verantwortlich für diese Entwicklung sind vor allem gewachsene Wissensanforderungen in fast allen Sektoren des Arbeitsmarktes, national und international. Daher gehören längere Bildungs- und Ausbildungszeiten immer mehr zum lebensgeschichtlichen Standard. Die Entwicklung der Persönlichkeit von jungen Menschen steht erzwungenermaßen oft im Schatten dieses Kampfes um Titel und Laufbahnen.

Der Kampf um Titel und Laufbahnen verringert die vormalig natürliche, zweckfreie Zeit der Kindheit, indem gezieltes Lernen – nicht spielendes Lernen, wie es dieses Entwicklungsalter verlangt – schon für Kleinkinder von ehrgeizigen Eltern favorisiert wird. Damit verbunden ist das Bedürfnis, auch die ehemaligen Kulturtechniken des gehobenen Bürgertums zu beherrschen wie Kenntnisse im Klavier-, Geige- und Flötenspiel, in Tanz, Literatur, Theater, exklusivem Sport und kulturlastigen Hobbys. Vermittelt und organisiert wird dieser neue kindliche Alltag vorwiegend von den Müttern. Die sehr

frühe und selbstständige Entwicklung eigener Lebensstile und Wertvorstellungen seitens der Kinder und Heranwachsenden wird damit vorbereitet. Im Unterschied zu früher geschieht dies maßgeblich in den Familien selbst und weniger in der Gesellschaft der Altersgleichen.

SYSTEM «POTENZIELLER UNTERBESCHÄFTIGUNG» UND MARKTVERMITTELTE ROLLENMUSTER

Die jetzige Form gesellschaftlicher Arbeit verlangt von den Beschäftigten immer mehr Qualifizierungen und Spezialisierungen. Zugleich verkürzen sich die Phase und das Volumen der Erwerbstätigkeit. Noch 1957 verließen in der alten Bundesrepublik über 80 Prozent der Jugendlichen mit 14 Jahren die Schule und begannen als Lehrlinge und junge ArbeiterInnen ihr Berufsleben. Undenkbar, dass das Berufsbildungssystem von heute jedes Jahr eine derart große Gruppe aufnehmen könnte. Das verlängerte «Jugendmoratorium» hat inzwischen ein System «flexibler Unterbeschäftigung» etabliert mit einem wachsenden Arbeitskräftereservoir, bestehend aus JobberInnen, vorübergehend Arbeitslosen und AnhängerInnen von Alternativkulturen. Erwerbsarbeit verliert immer mehr ihre klassische «sinnstiftende Funktion». Betroffen von dieser Entwicklung sind in erster Linie männliche Jugendliche, die früher einmal am stärksten vom dualen Ausbildungssystem profitiert haben.

Der leichtere Zugang zu höherer Bildung entwertet diese auch potenziell: Immer mehr Bildungseinrichtungen werden zu «Verschiebebahnhöfen» für das System der Erwerbsarbeit. Der Verschulung werden künftig immer mehr und jüngere Menschen (also Kinder) unterworfen, während sich gleichzeitig durch die Verlängerung der Postadoleszenz (Nachjugend) die Lern- und Experimentierphase zunehmend in die klassische Erwachsenenphase hineinschiebt. Diese Tendenz zur Verlängerung von Kindheit und Jugend zugunsten des Lernens bringt folgende kuriose Doppelbewegung mit sich: Kindheit verfrüht und beschleunigt sich, Jugend verspätet und verlangsamt sich zugleich.

Die frühe Verselbstständigung macht Kinder früher zu potenziellen KäuferInnen und KonsumentInnen. Sie werden zu einer immer wichtigeren Käufergruppe und damit zu einem Umsatzfaktor. Jüngere dürfen immer früher an «Erwachsenenaktivitäten» (Restaurantbesuche, Kino und andere Kulturveranstaltungen, Reisen und vieles mehr) teilnehmen.

Anstelle der Erziehungsnormen von früher stehen heute durch den Markt vermittelte Alters- und Konsumrollen. Damit kontrollieren Kinder und Jugendliche sich zunehmend selbst. Dies geschieht über die vom Konsum gesetzten Standards und äußert sich in Verhaltensweisen, die auf das eigene Sozialmilieu abgestimmt sind. Eltern müssen nicht mehr im früheren Sinne «erziehen», sie werden im familiären Gefüge oft lediglich zu LaufbahnberaterInnen. Allerdings kommen Eltern mit dieser Rollenzuweisung allenthalben noch nicht zurecht. Auch daraus erklärt sich der enorm angewachsene Beratungsbedarf in Fragen der Erziehung und Bildung.

ZUNEHMENDE BEDEUTUNG DES IMAGINÄREN

Die Freisetzung von Kindern und Jugendlichen aus tradierten Normen und Bindungen provoziert einen Überhang von Wünschenswertem und Möglichem. Dieses utopische Potenzial besteht aus überzogenen Hoffnungen und Illusionen auf der einen, aus Ängsten und apokalyptischen Vorstellungen auf der anderen Seite. Vor allem in Zeiten, in denen

Kinder und Jugendliche aus dem System von Lernen und Berufstätigkeit herausfallen, sind sie besonders anfällig für allerlei Verunsicherungen und Versprechungen. Die Medienindustrie hat darauf mit einer ganzen Reihe von «Sehnsuchts- und Traumsendungen» reagiert – von «Deutschland sucht den Superstar» in diversen Varianten bis hin zu Auswahlendungen für ModelkandidatInnen und den medialen Vorbereitungen auf eine Tanz- oder Sportkarriere. Jugendliche verbringen immer mehr Zeit damit, anderen dabei zuzusehen, wie diese versuchen, sich ihren Traum zu erfüllen, und mit ihnen mitzuleiden. Auf diese Weise können sie das eigene Sehnsuchtpotenzial in kontrollierbarer und überschaubarer Form abreagieren.

Wachsende Unsicherheit unter Eltern hinsichtlich ihrer Erziehungsfunktionen und -aufgaben, die zunehmende Bedeutung außerfamiliärer Erziehungseinrichtungen sowie eine größere kindliche Selbstständigkeit führen zu einer Veränderung des Machtgefälles innerhalb der Familie. Eltern von heute werden im wachsenden Maße von ihren Kindern und deren emotionaler Zuwendung abhängig, manchmal sogar erpressbar, während das früher überwiegend umgekehrt war. Hinzu kommen sinkende Kinderzahlen, weil faktisch jedes Kind in der Familie mit hartem Einkommen berechnet und bezahlt werden muss und der Staat hier gerade junge Eltern, die am Anfang ihres Erwerbslebens stehen, völlig unzulänglich unterstützt, ja sogar im Stich lässt.

Die Ausweitung jugendlicher und nachjugendlicher Moratorien ist für Mädchen und junge Frauen ein Zugewinn an Lebensperspektive; sie haben heute mehr Dispositionsspielräume. Umgekehrt trifft die «Krise der Erwerbsarbeit» (das tendenzielle Verschwinden fester Berufsweggänge, unter Umständen frühe Heirat, frühe Scheidung) besonders junge Männer, deren Identität kulturhistorisch stärker an lebenslange Erwerbstätigkeit und Familie gebunden war. Mit dem Wandel der familiären Beziehungen (es gibt kaum noch jüngere oder ältere Geschwister, Großeltern leben nicht mehr in den Familien, Verselbstständigung der Interessen der Heranwachsenden) wird die Vermittlung zwischen den Generationen schwieriger. Dieses Phänomen wird von konservativer Seite benutzt und medial ausgeschlachtet, um einen Grabenkrieg zwischen den erwerbstätigen Generationen,

den studierenden Heranwachsenden und den «privilegierten Alten» zu entfachen. Zu erinnern ist diesbezüglich nur an die schon obligaten Rentendiskussionen oder an die Debatte um Studiengebühren. Das hat zur Folge, dass die immer weiter in kleinere Einheiten auseinanderfallenden familiären «Restsysteme» den Individualisierungsschub verstärken und daher die Gefahr der Vereinsamung wächst.

RESÜMEE

Insgesamt ist festzuhalten, dass im gegenwärtigen Schul- und Bildungssystem ein nicht unbeträchtlicher Teil des einzigartigen humanitären Charakters, der den Bildungsvorgang auszeichnet, auf der Strecke bleibt. Hierzu zählen die Freude am Wissenszuwachs und die dadurch stimulierte Neugier auf das Leben, der Genuss am Lernen, der dadurch wächst, dass man durch Wissenserweiterung immer tiefer in das Weltverstehen eindringt, sowie die Persönlichkeitsentwicklung und -formung, die durch Wissenszuwachs und Weltverstehen ermöglicht wird. Die zentrale Aufgabe einer linken Bildungspolitik in Deutschland besteht darin, zusammen mit anderen Akteuren diesen Aspekten wieder ein größeres Gewicht zu verleihen und die einseitige Ausrichtung des Bildungswesens auf das Erwerbsleben nicht als unveränderbar hinzunehmen.

Christine Brückner ist Professorin für Erziehungswissenschaften im Bereich der «Pädagogik der frühen Kindheit» und Vertrauensdozentin der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

1 Der Standpunkt beruht auf einem Vortrag der Autorin beim Gründungstreffen des Gesprächskreises Bildungspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung. **2** Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und in öffentlicher Tagespflege, verschiedene Jahrgänge, Zusammenstellung und Berechnung: Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik, Wiesbaden 2013, S. 310. **3** Ebd. **4** Vgl. z. B. Tietze, Wolfgang/Wiernickel, Susanne (Hrsg.): Pädagogische Qualität in Tageseinrichtungen für Kinder, Berlin 2007. **5** OECD: Bildung auf einen Blick, Paris 2013. **6** Alle Zahlen aus OECD: Bildung, S. 10–51. **7** Warnecke, Tilmann: Gefordert, aber nicht überfordert, in: Der Tagesspiegel, 27.6.2013, S. 19. **8** Deutsches Studentenwerk/HIS Institut für Hochschulforschung: 20. Sozialerhebung: Zur wirtschaftlichen Lage der Studierenden in Deutschland, Berlin 2013. **9** Bertelsmann-Stiftung/Institut für Schulentwicklungsforschung der Universität Dortmund/Institut für Erziehungswissenschaften der Universität Jena (Hrsg.): Chancenspiegel 2013. Zur Chancengerechtigkeit und Leistungsfähigkeit der deutschen Schulsysteme, Gütersloh 2013. **10** Ebd. **11** Hollenstein, Oliver: Ins Leben finden, in: Süddeutsche Zeitung, 25.6.2013, S. 6.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
V. i. S. d. P.: Henning Heine
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)
Redaktionsschluss: Dezember 2013
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling